
Der europäische Sozialismus und die Krise des Kapitalismus*

Michel Rocard

Der europäische Sozialismus und die Krise des Kapitalismus: Was ist Sozialismus? Existiert ein europäischer Sozialismus? Wie charakterisieren wir *die* Krise? Diese verhängnisvollen Fragen lassen sich nicht eindeutig beantworten. Dabei deutet der Titel dieser Arbeit an, daß darauf Antworten gefunden werden. Wir beginnen mit einer Analyse der Krise und überlegen uns, welche vorstellbaren Lösungsvorschläge sozialistisch genannt werden können.

Die Gliederung des Beitrages:

1. Die Krise — eine Diagnose
2. Ursachen der Krise
3. Lösungsvorschläge
4. In welcher Hinsicht kann diese Perspektive sozialistisch sein?

1. Die Krise — eine Diagnose

Schon der Begriff »Krise« ist verwirrend. Er gehört in das Vokabular der Medizin. Die Krise bezeichnet den Höhepunkt einer Krankheit, nach dem der Patient entweder stirbt oder sich sein Befinden wieder bessert.

Die Verwendung des Wortes »Krise« im ökonomischen Sprachgebrauch deutet demnach auf ein vorübergehendes Stadium hin, das durch die Wiederherstellung des normalen, das heißt eines bekannten und beschreibbaren Zustands überwunden wird.

Indes, nichts ist ungewisser. Bei der Art der Phänomene, mit denen es die westlichen Wirtschaften heute zu tun haben, ist nur eines gewiß: Nichts wird so sein wie vorher. Der Ausweg einer Fortsetzung des ungestümen

* Referat, gehalten auf einem Seminar des International Socialist Research Council, Paris, im Mai 1976. Übersetzt von Hans Steiner.

Wachstums der sechziger Jahre ist in Wahrheit eine Sackgasse. Wir haben es also eher mit einem notwendigen Wandel als mit einer »Krise« zu tun.

Die ökonomische Ebene

Die Krisenelemente auf der ökonomischen Seite — in deren engstem Wortsinn — sind unter drei Aspekten zu sehen:

- Die Inflation: Die jährliche Preisstseigerungsrate der OECD-Länder erhöhte sich kontinuierlich vom Anfang der sechziger Jahre bis 1973 auf durchschnittlich 14 bis 15 Prozent, sie scheint sich nun gerade auf zirka 10 Prozent eingependelt zu haben. Das ist in der bisherigen Geschichte der Weltwirtschaft beispiellos.
- Die Arbeitslosenrate verdreifachte sich innerhalb von vier Jahren und hat ein seit dem Zweiten Weltkrieg unbekanntes Ausmaß erreicht. Schon vor diesem sprunghaften Wachstum war ein Jahrzehnt lang ein langsamer und regelmäßiger Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen.
- Der Rückgang der industriellen Produktion: Er betrug innerhalb von 18 Monaten für die Gesamtheit der OECD-Staaten zirka 14 Prozent. Auch das ist beispiellos in der Nachkriegsgeschichte. Der gegenwärtige Aufschwung erreicht bis jetzt im Durchschnitt noch nicht das Niveau vom Frühjahr 1974.

Zu diesen Erscheinungen kommen noch andere Anzeichen der Unordnung hinzu, die in einem bisher mangelhaft erklärten Zusammenhang mit der Krise stehen. Hierher gehören die Weltwährungskrise, der hohe Anstieg der Energiepreise und das Chaos auf anderen Rohstoffmärkten.

Allgemeinere Krisenerscheinungen

Wir sind durch drei weitere Entwicklungen veranlaßt worden, die heutige Situation als tiefgreifenden Wandel und nicht so sehr als Krise im Sinne unserer Definition einzuschätzen:

- Die Knappheit von vielen Grundstoffen (insbesondere Lebensmittel und bestimmte Minerale) ist ein anerkanntes Faktum. Dies sollte allen Arten der Verschwendung einen Riegel vorschieben.
- Die in den entwickelten Staaten üblichen industriellen Produktionsweisen und Lebensformen bedrohen unser globales ökologisches Gleichgewicht in einem unerträglichen Ausmaß.
- Diese Umstände machen es unmöglich, zum unkontrollierten Wachstum der sechziger Jahre zurückzukehren, um so mehr, als dem heutigen Kapitalismus eine solche Antriebskraft, wie der Eisenbahnbau in der Gründerzeit oder die Autoindustrie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, fehlt.
- Schließlich kennzeichnet die Verhältnisse ein tiefes Unbehagen, das wir manchmal mit den allgemeinen Ausdrücken *mal du siecle* und »Zivilisationskrise« belegen, oder es erhält spezifischere Bedeutungen, wie Urbanitätskrise, Jugendrevolte, Arbeitsverweigerung und so weiter. Es ist offensichtlich, wir leben in einer Zeit wachsenden Zweifels. Für ver-

schiedene soziale Gruppierungen bestehen gravierende Unzulänglichkeiten in den Formen der industriellen Arbeit, im Zustand der Städte und in der sozialen Lebenswelt überhaupt.

2. Ursachen der Krise

Wenn es auf diese Frage eine eindeutige, wissenschaftliche Antwort gäbe, würde die Diskussion auf eine Konfrontation zwischen den sozialen Gruppen hinauslaufen, deren Interessen durch die in der Diagnose enthaltenen Therapievorschläge betroffen werden. Aber das Problem stellt sich anders dar: Die Analyse der Ursachen selbst ist zweifelhaft. Die sozialistische Bewegung muß daher das Risiko einer eigenen Interpretation auf sich nehmen, mit aller Einseitigkeit, die in ihrer historischen Situation liegt, und mit allen Widersprüchen, die sie immer begleitet haben.

Arbeitslosigkeit

Es ist eindeutig, daß der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit das Resultat einer schrumpfenden Industrieproduktion der westlichen Welt ist. Zutiefst beunruhigend stimmt aber die Tatsache, daß die Wurzeln einer solchen Entwicklung nicht bloß in der gegenwärtigen Konjunkturlage zu suchen sind. Denn es besteht die Gefahr, daß das für die Ankurbelung der Wirtschaft notwendige Wachstum unter dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität liegt und auch nicht ausreichen wird, um dem zu erwartenden Anstieg der arbeitsfähigen Bevölkerung (speziell in Frankreich) genügend Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Überdies sind gewisse Entwicklungsmuster, die in der Zeit vor der Rezession eine positive Rolle gespielt haben, heute eine ernsthafte Gefahr für die Vollbeschäftigung:

- Die immer selektiver werdenden Standards rationaler Arbeitsmethoden im industriellen und Dienstleistungsbereich produzieren eine wachsende Zahl von Berufsunfahigen; die herrschende medizinische Ideologie spricht bei den davon Betroffenen von *handicapped*.
- Der relative Rückgang bisher dominierender Industrien (wie zum Beispiel Autoindustrie) vermindert das globale Wachstumstempo, zumal die vielen technologischen Erkenntnisse der letzten Zeit noch nicht vollständig in die jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität umgesetzt worden sind.
- Der Anteil der öffentlichen Güter (entweder auf Basis festgesetzter Tarife oder auf Basis unentgeltlicher Leistungen, aus dem Steuertopf finanziert) hat sich zugunsten der auf dem Markt für den individuellen Konsum angebotenen Waren verschlechtert.
- Schließlich hat die Logik der monopolistischen Konkurrenz, die das Lebensgesetz des Kapitalismus unter dem Zwang der ständigen Akkumulation ausdrückt und die Überlebenschancen eines jeden einzelnen Unternehmens und des Systems als Ganzem bestimmt, dazu geführt, daß sich die Substitutionsverhaltnisse zwischen Arbeit und Kapital, die eine Schlüsselrolle in den Unternehmensentscheidungen spielen,

in den letzten sechs Jahren zugunsten des Profits und zuungunsten der Löhne verändert haben.

Zwar wurde von 1968 bis 1973 in großem Ausmaß investiert, aber das waren hauptsächlich Rationalisierungsinvestitionen, die nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern zu deren Einsparung führten.

Inflation

Die Beschleunigung der Preissteigerungsraten von 1960 bis 1973 ist ein bemerkenswertes Faktum für die OECD-Länder. Das gilt sogar für die BRD, obwohl deren Preissteigerungsraten weit unter dem europäischen Durchschnitt lagen. Seit 1973 kam es eher zu einer Stabilisierung als zu einem Rückgang der Inflationsraten, wenn wir die Preiseffekte unberücksichtigt lassen, die jeweils durch die steigenden Ölpreise ausgelöst wurden.

Verschiedene Ursachen können angeführt werden:

- Die internationalen Konzentrationstendenzen drängen den Einfluß des freien Wettbewerbs auf die Preise zurück.
- Die Profitraten fallen: Zu diesem Punkt stehen uns nur für die USA langfristige Zeitreihen zur Verfügung, die sich auf alle Aktiengesellschaften und nicht nur auf eine Stichprobe beziehen. Die Schlußfolgerungen daraus sind unumstritten.

Diese Entwicklung zwingt jene Unternehmen, die dazu in der Lage sind, der Tendenz der sinkenden Gewinne durch Preiserhöhungen entgegenzuwirken.

- Das führt uns nun zu der Frage, ob das berühmte Marxsche Gesetz der Tendenz der fallenden Profitrate heute noch gültig ist. Dieses »Gesetz« diente Marx zur Begründung der Beobachtung, daß unter der Annahme einer strukturellen Beziehung zwischen Profiten und Arbeitsproduktivität, das heißt bei einem parallel verlaufenden Wachstum dieser Größen, die Anteilsvermehrung des konstanten Kapitals einen Fall der Profitrate zur Folge haben muß. Die Unternehmer können diesem Trend entgegenwirken, indem sie die Arbeitszeit verlängern, die Arbeitsintensität erhöhen oder gar Produktionsstätten in Billiglohnländer verlegen (das heißt genaunommen Imperialismus).

Alle diese Methoden zur Abwendung einer fallenden Profitrate stoßen auf ihre eigenen Grenzen. Die beinahe regelmäßig auftretenden Krisen zwischen 1817 und 1929 entsprechen den Perioden, in welchen diese Grenzen erreicht wurden. Der Übergang von konkursreifen Unternehmen in die Hände neuer Eigentümer bietet wieder die Voraussetzungen für eine Steigerung der Profitraten. Bankrotte Unternehmen in größerem Umfang sind gleichbedeutend mit einer notwendigen »Selbstreinigung« des Systems. Dieser Regulierungsmechanismus hat aber in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr funktioniert. Es hat sich gezeigt, daß Preiserhöhungen einen anderen Ausweg bieten können. Allerdings hat auch die Gewerkschaftsbewegung eine solche Organisationsstärke erreicht, daß die Arbeiterschaft bei einem konstanten Inflationstrend ihren Anteil an den Produktivitätssteigerungen bewahren kann, so daß das Gesetz der fallenden Profitrate wieder zur Geltung kommt, wie die US-Statistiken zeigen.

Nur durch eine Beschleunigung des Anstiegs der Preissteigerungsraten können die Profite gehalten oder zumindest der Rückgang der Gewinne im Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern verzögert werden.

Das ist bestimmt nicht die einzige mögliche Erklärung. Auch die Verminderung des Wettbewerbs allein könnte als Erklärung genügen, und wir werden uns später mit den Problemen auseinandersetzen, welche aus dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte entstehen. Dennoch ist es vielleicht die »synthetischeste« Erklärung, die wir haben. Sie erklärt die Tatsache, daß von dem Moment an, in dem die restriktiven Maßnahmen zu wirken begannen, die Stabilisierung der Inflation genügte, dem System das notwendige Gegengewicht gegen ein Fallen der Profitraten zu entziehen. So erklärt sich auch, daß die restriktiven Maßnahmen, obwohl sie mäßig waren, in einem weit größeren Ausmaß als erwartet zu Produktionsrückgängen und zu Konkursen geführt haben.

Es muß aber festgestellt werden, daß im Gegensatz zur Vorkriegszeit der Konkurs großer Unternehmen heute politisch nicht tragbar ist. Regierungen und Zentralbanken treten in Aktion, um Bankrotte abzuwenden. Das heißt aber auch, daß sich das System nicht von selbst regulieren kann. Deshalb zweifeln Experten, ob der gegenwärtige Aufschwung auch anhalten kann.

Schließlich sind die Ursachen der Inflation auch in bestimmten sozialen Strukturen und kollektiven Verhaltensweisen zu suchen. Der alte, durch die Phillipskurve nahegelegte Mechanismus, wonach zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation eine symmetrische und notwendige Beziehung besteht, hat seit langem Regierungen und monetäre Behörden veranlaßt, das eine Übel mit dem anderen zu bekämpfen. Indes ruft die Arbeitslosigkeit einen starken sozialen Widerstand hervor, was bei der Inflation nicht der Fall ist. Im Gegenteil, die Inflation dient als eine Art »Opium« zur Besänftigung sozialer Konflikte, sie ist eine Flucht nach vorne, die es starken sozialen Gruppen erlaubt, für sich in der Gegenwart Vorteile auf Kosten künftiger, in einer unsicheren Zukunft lebenden Generationen herauszuholen. Sie ist kennzeichnend für eine Situation, in der die bestehende Verteilung nicht akzeptiert wird. Auf kurze Sicht ist sie daher leichter auszuhalten als die Arbeitslosigkeit.

Soweit sie zudem auf einen Nachfrageüberhang hinweist, ist die Inflation auch Ausdruck der Tatsache, daß die Konsumenten eine wirtschaftliche Richtung akzeptieren, die mehr auf Güter als auf Dienstleistungen und mehr auf Markttransaktionen als auf öffentliche Güter und Dienste orientiert ist. Diese Gesellschaft der Ungleichheit, in der sich soziale Gegensätze sehr stark durch Unterschiede in den Konsumchancen manifestieren, und die irrtümlich »Konsumgesellschaft« genannt wird, obwohl sie vielmehr eine »Produktionsgesellschaft« ist, hat eine ständige Verkürzung der Lebensdauer der erzeugten Produkte zur Folge. So beschleunigt sich das Produktionstempo. Das Wirtschaftswachstum und damit die täglichen Arbeitsanstrengungen zerrinnen in Produkten, die sich viel zu schnell verbrauchen, und im Konsum von kommerziellen Dienstleistungen und Unterhaltungen. Die Freizeit wird auf Kosten von Sport, Spiel, Kunst und zwischenmenschlichen Kontakten vermarktet. Diese Entwicklung

schaft ein dumpfes Unbehagen, das seinen Ausdruck in Gewalt und Rauschgift und im Anwachsen marginaler Existenzen findet.

Der Rückgang der Industrieproduktion

Diese Entwicklung birgt in sich selbst wachstumshemmende Elemente. Der inflationäre Druck auf die Kaufkraft hat das Wachstum der Nachfrage stark verringert. Die Weltwährungskrise erschwerte eine längerfristige Kalkulation im internationalen Handel. Die berechtigte, in ihrer Wirkung aber einschneidende und plötzlich erfolgende Erhöhung der Energiepreise traf die westlichen Wirtschaftssysteme schwer.

Zu alledem kamen ab Mitte 1973 in den großen westlichen Ländern die durch die Beschleunigung der Inflation verursachten Sorgen. Alle kapitalistischen Staaten stellten innerhalb eines Jahres auf eine Restriktionspolitik um. Die derart erzielte Stabilisierung der Inflationsraten brachte wieder den selbstregulierenden Mechanismus der Konkurrenz ins Spiel. Jedenfalls wirkte die Nachfragedrosselung viel deflationistischer, als notwendig war, weil diese Maßnahmen die Inflation von der Nachfrageseite her in den Griff bekommen wollte, während die wirkliche Ursache in der Kostenstruktur der Unternehmen lag.

So sehen wir, wie dieselben Erscheinungen sowohl die ökonomische Krise wie die allgemeine soziale Unruhe erklären, die sich gegenwärtig zeigt. Die Probleme der Umweltverschmutzung und der Verschwendung von knappen Ressourcen sind für die Industriestaaten noch nicht existenzbedrohend, sie müssen aber sicherlich bei unseren Vorschlägen miteinbezogen werden.

3. Lösungsvorschläge

Aus der Analyse ergibt sich, daß alle diese Elemente ineinander verzahnt sind und nach einer globalen Lösung drängen. Die sozialistische Tradition trägt in sich die Idee einer zentralen Regulierung der Wirtschaft unter wesentlich strikteren Bedingungen als im Kapitalismus, und deshalb ist nur sie imstande, eine echte Lösung hervorzubringen. Zugleich beweisen auch die Schwierigkeiten und Mängel einer totalen Zentralplanung, daß eine gesunde Wirtschaft den Unternehmen eine gewisse Autonomie der Entscheidungen lassen und vor allem auch die Marktgesetze respektieren muß. So lassen sich die Grenzen, innerhalb derer Sozialisten ihre Ziele festlegen müssen, zwischen einem System ohne jegliche — außer einer konjunkturpolitischen — Steuerung auf der einen und einem System mit bürokratischer Planung auf der anderen Seite abstecken.

Inflation

Es ist notwendig, mit der Inflation zu beginnen, steht sie doch im Mittelpunkt der gegenwärtigen Situation. Zur Lösung dieses Problems bedarf es selbstverständlich einer technischen Behandlung; auf lange Sicht kann

es nur beseitigt werden, wenn anstelle des ungezügeltten Wachstums ein neuer Wachstumsbegriff tritt. In diesem Abschnitt werden wir nur auf die technische Seite eingehen.

Die Inflationsrate hat sich jetzt nur stabilisiert. In fast allen Ländern fürchten die Experten, daß sie in der nächsten Aufschwungphase wieder schnell nach oben drängen wird. Gewiß spielt der Weltmarkt bei der Übertragung von inflationären Prozessen eine große Rolle, dennoch scheint es möglich zu sein, die für die hausgemachte Inflation verantwortlichen Elemente entscheidend zu verringern. Dabei müssen drei Probleme angeschnitten werden: die *Finanzierung von Investitionen*, die *Erwartungen der Wirtschaftssubjekte* und die *Kontrolle von wichtigen Preisen*.

Die wachsende Bedeutung der *Selbstfinanzierung* war von etwa 1960 bis 1967 ein wesentlicher Faktor in der Beschleunigung der Inflation. Das beispiellose Tempo des Investitionswachstums bis 1973 hat dazu geführt, daß die Fremdfinanzierung von 1967/68 an weitgehend die Selbstfinanzierung ersetzt hat, so daß die finanzielle Situation der meisten Unternehmen heute stark belastet ist.

Nun ist es so, daß Investitionen einen Vorgriff auf künftige Produkte darstellen, die Investitionsfinanzierung birgt daher schon aus ihrer Natur heraus die Gefahr der Inflation in sich. Dem kann nur dann ausgewichen werden, wenn sichergestellt wird, daß Investitionen aus dem Ertrag der zusätzlichen Produktion bezahlt werden, die aus ihnen entstanden ist. Das setzt voraus, daß die Finanzierung vorzugsweise durch Kredite aufgebracht wird, deren Dauer dem Produktionszyklus entspricht. Darüber hinaus ist es notwendig, daß die Vorfinanzierung aus Ersparnissen erfolgt, die für diese Dauer wirksam »sterilisiert« sind. Diese Betrachtungsweise führt zu der Schlußfolgerung, daß die Kreditsysteme in den meisten OECD-Staaten (und besonders in Frankreich) grundsätzlich reformiert werden müssen. Wenn man einen zu geringen Teil der Investitionskosten auf Kredit aufnimmt, fällt man wieder auf die Eigenfinanzierung zurück; das wird sich dann negativ auf die Preise auswirken. Wenn man wiederum einen Kredit mit zu kurzer Laufzeit aufnimmt, werden die Rückzahlungsraten zu hoch, was dieselbe Folge für die Preise hat. Die Steuergesetzgebung soll daher die Anreize zur Selbstfinanzierung beschränken. Selektive Finanzierungssysteme könnten sich darüber hinaus als notwendig erweisen, um Engpässe zu vermeiden und das Gleichgewicht zwischen Regionen und/oder Sektoren zu wahren.

Es ist klar, daß die Inflationsrate in den sechziger Jahren in Gesellschaften langsam anzusteigen begann, in denen man an stabile Preise gewöhnt war und in denen sich das *Verhalten der Wirtschaftssubjekte* konsequenterweise an der Preisstabilität ausrichtete. Wir haben zuvor versucht, einige mögliche Ursachen für die einbrechende Inflation in den westlichen Staaten anzugeben.

Heutzutage sind unsere Gesellschaften in eine neue Phase getreten: Die Verhaltensweisen der Unternehmer als Produzenten und der Individuen als Arbeitskräfte und ebenso als Konsumenten sind nun stark durch die Inflation geprägt. Das trifft ebenso auf Banken und weitgehend natürlich auch auf Regierungen zu. Dieses Verhalten besteht in der Vorweg-

nahme der wahrscheinlichen Inflationsrate, um so im Hinblick auf diese in eine vorteilhafte Stellung zu gelangen.

- Die Verkäufer setzen ihre Preise vor den anderen hinauf, um für kurze Zeit einen zusätzlichen Gewinn zu erzielen.
- Die Beschäftigten verlangen Lohnsteigerungen, die der Inflation zuvor kommen, um so die Kaufkraft besser zu schützen.
- Güter, insbesondere Maschinen, werden früher als wirklich notwendig gekauft, um sich vor zukünftigen Preissteigerungen zu schützen.
- Geld wird ausgeborgt, in der Hoffnung, aus einem unter der Inflationsrate liegenden Zinssatz profitieren zu können.

Solche Verhaltensweisen sind wesentliche Faktoren für die Dauerhaftigkeit der Inflation und für die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung. Es gibt keinen sinnvollen Kampf gegen die Inflation, ohne auch diese Verhaltensweisen zu beseitigen. Doch haben hierfür bisher gängige Maßnahmen kaum eine Erfolgchance: Preiskontrollen haben wegen ihres marktwidrigen Charakters mehr Schattenseiten als Vorteile, und ihre Effizienz ist auch nur relativ. Die Einflußnahme von mächtigen Konsumentenvereinigungen, die fähig sind, auf die Preise einen gewissen Druck auszuüben, kann sinnvoll sein, ihre wirklichen Erfolge sind aber bescheiden, besonders in Ländern wie Frankreich mit einer schwachen Tradition auf diesem Gebiet. Sie sollen trotzdem, ohne zu große Illusionen, gefördert werden.

Die Sozialistische Partei Frankreichs studiert gegenwärtig eine andere Lösungsmöglichkeit. Und zwar sollten alle Kredite und Einlagen bei Banken (außer Sichteinlagen) an eine Indexklausel gebunden werden. Ein solcher Vorschlag würde vorübergehend Probleme schaffen, insbesondere für die lokalen Behörden, Schwierigkeiten, die nicht übersehen werden sollen, aber für die sich Lösungen finden lassen. Auf der anderen Seite lassen die bisherigen Überlegungen zahlreiche Vorteile erwarten. Eine Indexbindung der gesamten Kredite und Einlagen schließt zweifellos eine Kalkulation aus, in der die Inflation vorweggenommen wird. Die Kreditnehmer würden den Realwert des ausgeborgten Betrages zurückzahlen müssen und folglich ausschließlich im Bereich der gegenwärtigen und zu erwartenden Produktivität und Ertragskraft ihrer Unternehmen planen müssen.

Übrigens hat eine solche Politik den Vorteil, den Zinssätzen ihre wirkliche ökonomische Bedeutung zurückzugeben.

Zinssätze, die die Finanzierungskosten der Banken, die legitimen Erträge dieser Unternehmen und ein Entgelt für das Risiko darstellen, sollen auf diese Funktion beschränkt bleiben und nicht noch außerdem als Schutz gegen den Geldwertschwund fungieren. Wenn wir diesen Gedanken im Hinblick auf den vorhergehenden Absatz im Zusammenhang mit der Verlängerung der Laufzeit von Investitionskrediten durchdenken, so sehen wir, daß bei einer solchen ökonomischen Logik die Kosten der Annuitäten (Zinsen und Kapital) in der Kalkulation der Unternehmen geringer werden würden. Weiters sollte verstärkt mit mittel- und längerfristigen Krediten gearbeitet werden, kurzfristige Kredite sollen nur mehr unmittelbare Liquiditätsschwierigkeiten überbrücken helfen; die Vergabe von überwiegend kurzfristigen Krediten ist hingegen inflationsfördernd.

Auch die *Festsetzung wichtiger Preise* ist notwendig. Unter wichtigen Preisen verstehen wir entweder die von Massengütern oder die mit einem hohen Symbolwert (einige wenige davon gibt es noch) und die von Grundstoffen.

Obwohl es unbestreitbar ist, daß auf lange Sicht in einer stabilen Wirtschaft zweifellos auch diese Preise so wie alle anderen auf die Entwicklung der Kosten und der Produktivität reagieren sollen, sofern das nicht durch Konzentrationstendenzen beeinträchtigt wird, so ist es auch klar, daß das Problem in Phasen, in denen die Eindämmung der Inflation für vorrangig erklärt wird, anders liegt.

Es ist bestimmt möglich, Sektoren mit einer niedrigen Produktivität, wie zum Beispiel der Landwirtschaft, anders als durch Erhöhung der Verkaufspreise zu helfen. Die Frage tangiert das Wesen der Landwirtschaftspolitik im gemeinsamen Markt.

Die öffentliche Tarifgestaltung kann ein Element im Rahmen einer Preisstabilisierungspolitik sein, unter der Bedingung, daß die betriebswirtschaftlichen Kosten klargestellt und die betreffenden Unternehmen durch entsprechende Kompensation in die Lage versetzt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Das ist einer der Gründe, warum das »Gemeinsame Regierungsprogramm« (der Linksparteien, Anmerkung der Übersetzer) eine Reihe von Nationalisierungsvorschlägen enthält. Sie sollten die Regierung befähigen, auf eine mehr Erfolg versprechende Art die Kontrolle von Schlüsselpreisen mit einem umfassenden Kampf gegen die Inflation zu verbinden. Sofern es ökonomische und finanzielle Lasten in diesem Kampf gibt, müssen diese Sache der öffentlichen Hand und nicht der Unternehmer sein, die zur strengen Kalkulation ihrer Kosten und Erträge verpflichtet bleiben sollten.

Arbeitslosigkeit

Der Kampf um die Vollbeschäftigung hat drei Aspekte: den sozialen, den mikroökonomischen und den makroökonomischen.

Der soziale Aspekt schließt das weite Gebiet der Abfindungen und Unterstützungen ein, weiters die Berufsausbildung, die allgemeine Erwachsenenbildung.

Bezüglich des mikroökonomischen Aspekts sind zwei Überlegungen anzuführen.

Die erste ist, daß das Vollbeschäftigungspostulat nicht nur global, sondern auf lokaler und regionaler Ebene durchgesetzt werden soll. Das Ziel ist eine Vollbeschäftigungspolitik ohne Bevölkerungswanderungen. Gerade in Frankreich entsprechen die Entscheidungsstrukturen der Verwaltung, der politischen Systeme und des Finanzwesens überhaupt nicht diesem regionalen Aspekt des Beschäftigungsproblems. Oft ist es auf regionaler Ebene unmöglich, eine Nahversorgung zu sichern oder bestimmte Produktionsbetriebe zu errichten, die dort fehlen und offensichtlich eine Nachfrage vorfinden würden, da auf der relevanten Ebene — Stadt oder Region — die Entscheidungsmacht fehlt.

Es gibt keine wirtschaftliche Entwicklung ohne die Verbindung folgender Faktoren: Innovation (Forschung), Personal (Erziehung, Berufsausbil-

dung), Entwicklung von Technologien (technische Beratung) und Finanzwesen (Banken). Um die Vollbeschäftigung auf regionaler Ebene zu gewährleisten, muß das hierfür erforderliche Instrumentarium auf regionaler Basis geschaffen werden.

Die zweite Beobachtung steht im Zusammenhang mit der ersten. Es gibt verschiedene in Kleinunternehmen organisierbare Berufe, denen leicht zu einem guten Start verholfen werden kann und die in den meisten Fällen heute nicht anzutreffen sind: Handwerker, Reparaturbetriebe, Hausindustrie, Kundendienste, Leichtindustrie, Erprobung fortgeschrittener Techniken (zum Beispiel geothermische Beheizung, Datenverarbeitung). Diese und ähnliche Tätigkeitsbereiche sind in kleinen Betriebseinheiten mit zehn bis fünfzig Beschäftigten besser anpassungsfähig als in Großbetrieben mit geringer regionaler Mobilität. Aber die moderne Fiskal- und Wirtschaftspolitik hat diese Problematik bisher nur sehr wenig in den Griff bekommen. Die administrativen Regeln, wie zum Beispiel Bauvorschriften, Vorschriften der Sicherheit, des Umweltschutzes und so weiter, sind dieselben für Kleinstbetriebe wie für alle anderen.

Es müssen große Anstrengungen in dieser Richtung unternommen werden. Dazu bedarf es ja gar keiner großen technischen Problemlösungen, es muß einfach der Mut zum sozialen und politischen Wandel da sein.

Der makroökonomische Aspekt: Langfristig ist das Hauptproblem auf dem Beschäftigungssektor, daß in der Industrie keine weiteren Arbeitsplätze mehr geschaffen werden, da die Produktivität mindestens ebenso schnell, wenn nicht noch schneller als die Produktion wächst. Neue Arbeitsplätze sind in den letzten fünfzehn Jahren hauptsächlich im Dienstleistungssektor geschaffen worden. Viele dieser Dienstleistungen (Verwaltung, Ausbildungswesen, Gesundheit) unterstehen der öffentlichen Verwaltung und werden durch Steuern finanziert.

Wir haben ein Niveau der durchschnittlichen Steuerbelastung erreicht, das bereits ein Problem für den Wirtschaftsablauf wird. Das liegt größtenteils daran, daß die administrativen und fiskalischen Methoden der Erstellung dieser Leistungen sie nicht als produktiv und nützlich im Sinne einer ökonomischen Betrachtung erscheinen lassen. Wenn wir uns bewußt sind, daß die jetzt existierenden und auch die erst im Ansatz bestehenden öffentlichen Dienste (Kinder- und Altenbetreuung, Unterstützung von Behinderten, kulturelles Leben, Erwachsenenfortbildung und so weiter) die eigentlichen Hoffungsgebiete auf dem Beschäftigtensektor darstellen, so dürften wir sie nicht mehr als Ausdruck der öffentlichen Wohltätigkeit betrachten, sondern als Unternehmen; in diesem Sinn müssen unsere Fiskalausgaben einer grundsätzlichen Reform unterzogen werden.

Die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, hängt von der Gerechtigkeit des Steuersystems, vom Zeitpunkt ihrer Einhebung und von der Transparenz ihrer ökonomischen Verwendung ab. Die Regionalisierung einiger dieser Funktionen könnte in dieser Hinsicht nützlich sein. Aber auch die Privatindustrie hat noch Expansionsmöglichkeiten: in unserem Land gibt es noch sehr viele arme Regionen. Eine massive Steigerung der Nachfrage ist bei einem gezielten egalitären Wandel in der Einkommenspolitik durchaus möglich.

4. In welcher Hinsicht ist diese Perspektive sozialistisch?

Es besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen der Inflation und dem Grad der sozialen Ungleichheit, da der Anreiz zur Nachahmung des Konsummusters der oberen Klassen um so stärker wird, je bedeutsamer die sozialen Unterschiede sind. Ein Mehr an Gleichheit ist das Herzstück jeder sozialistischen Perspektive. Die absolute Priorität der Vollbeschäftigung ist eines der Kriterien, an denen die sozialistische Perspektive einer Regierung zu messen ist. Lassen sie uns an dieser Stelle hinzufügen, daß eine sozialistische Regierung angesichts des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsvolumens in Betracht ziehen muß, daß die Vollbeschäftigungsgarantie für alle, die Arbeit wünschen, eine viel kürzere Arbeitszeit als heute zur Folge haben wird. Französische Planungsexperten sagen schon für die allernächsten Jahre die 35-Stunden-Woche voraus — eine Prognose, die allerdings von der französischen Regierung nicht akzeptiert wurde. Die schwedische Regierung trägt sich mit dem Gedanken einer 32stündigen Arbeitswoche mit Beginn der achtziger Jahre. All das ist auf eine friedliche Gesellschaft ausgerichtet, in der jede Person und jede Familie über mehr Zeit verfügen und das Privatleben vielseitiger gestalten wird. Das ist eine sozialistische Perspektive.

Die Verbindung dieser rein sozialen und wirtschaftlichen Orientierung mit den sozialistischen Ideen schließt auch ein anderes Gebiet ein — das der Demokratie.

Die notwendige Dezentralisierung der wirtschaftlichen und finanziellen Macht und die notwendige Einflußnahme auf das Unternehmensgeschehen im Zusammenhang mit Erfordernissen der sozialen und natürlichen Umwelt bedingen eine umfassendere politische Demokratie auf der lokalen und regionalen Ebene und einen Schritt vorwärts in der Demokratisierung der Wirtschaft, das heißt verstärkte Kontrolle der Unternehmenspolitik durch die Arbeiter.

Es gibt Unterschiede zwischen dem deutschen Konzept der Mitbestimmung, der schwedischen industriellen Demokratie und den Zielen der Arbeiterkontrolle im Zusammenhang mit der von den belgischen und französischen Sozialisten vertretenen Selbstverwaltungsperspektiven. Sie wurzeln in verschiedenen historischen Erfahrungen, Traditionen und in unterschiedlichen industriellen Beziehungen, aber ihnen allen ist ein sozialistisches Anliegen gemeinsam.

Natürlich schließt diese Perspektive mehr staatliche Planung ein. Der Planungsbegriff wird verpönt, sofern er bürokratisch-zentrale Planung meint, die verbindliche Normen setzt, deren Nichterfüllung als Delikt gilt.

Das ist jedoch bei weitem nicht die einzige Art der Planung. Eine Planung, die die wichtigsten nationalen Zielsetzungen aufeinander abstimmt, die dazu eine Palette von Anreizen und Sanktionen vorsieht, und dies nicht nur auf dem Kreditsektor, sondern auch bei den Steuern; und die es der Regierung ermöglichen soll, direkt in bestimmte Märkte einzugreifen, sei es bei auftretenden Engpässen oder aus preispolitischen Gründen. Eine solche Art der Planung würde die Herstellung einer größeren Kohärenz zwischen wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen erlauben und gleich-

zeitig mit dem Funktionieren eines besser als heute regulierten Marktes vereinbar sein, der letztlich der einzig befriedigende Indikator des Bedarfs und der wirtschaftlichen Leistung bleibt.

Der Sozialismus besitzt schließlich eine internationale Dimension. Ob es sich nun um den ökonomischen Wandel, um die Entspannung unserer Beziehung mit dem Ostblock oder um die Wiederaufnahme der Bestrebungen zur europäischen Einigung handelt, die ja von den politischen Autoritäten getragen werden muß und nicht bloß im freien Spiel des Marktes besteht, oder auch um die Kooperation mit der Dritten Welt — keines dieser Probleme kann in Angriff genommen werden ohne klare langfristige Zielsetzungen in Verbindung mit einer Tagespolitik, die es erlaubt, diese Ziele im Auge zu behalten. Und eben die Verfolgung dieser Ziele erfordert eine Stabilität des ganzen sozialen Körpers, was uns wiederum zu den Problemen der Inflation und der Arbeitslosigkeit zurückführt.